Erläuterungen zur Revidierung der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 (RGBl. 1383) zum 08. Mai 1985.

Sämtliche, zur Revidierung der Verfassung vom 11. August 1919 führenden Elemente zum 08. Mai 1985, die auf demokratischer und friedlicher Basis und somit legaler Gesetze entstanden sind, wurden in diese nun revidierte Fassung der Deutschen Verfassung eingearbeitet und werden hiermit der Öffentlichkeit, unter der Voraussetzung daß die Vier-Alliierten keinen schriftlichen Widerspruch einlegen, mit Wirkung zum 08. Mai 1985, zugänglich gemacht und somit veröffentlicht.

Alle in *Kursivschrift* angegebenen Worte sollen in der Verfassung verbleiben, weil sie auf demokratischer oder sonstwie rechtlicher Grundlage beruhen.

Alle in *Kursivschrift* jedoch in Klammern angegebenen Worte in der Verfassung sollen nach der Wahl eines neuen Reichstags wieder herausgenommen werden, da diese Möglichkeiten nur den rechten zur Wahl eines demokratischen, unabhängigen und in freier Selbstbestimmung gewählten deutschen Parlamentes ermöglichen.

Alle auf Aggression hinweisenden Worte wurden durch defensive Worte ersetzt, um den friedlichen Charakter der Verfassung jedermann zu dokumentieren.

1. Gemäß dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) Artikel 146 der ehemaligen Westzonen wurde festgelegt, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, wenn eine (diese hier vorliegende) Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wurde. Diese hier vorliegende Verfassung wurde vom ganzen deutschen Volk in freier Selbstbestimmung beschlossen, am 11. August 1919 verkündet und ist heute noch gültig.
Diese Tatsache haben die Deutschen vergessen.
Genau aus diesem Grunde wurde in *Kursivschrift* im Artikel 1 ein neuer Satz vorgesetzt, der dies jeden Deutschen kenntlich macht und als Mahnung in der Verfassung verbleiben soll.
Mit der Aufhebung des Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 24. März 1933 (RGBl. S. 1) durch die vier Siegermächte am 20. September 1945 im Gesetz Nr. 1 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland (Amtsbl. d. All. Kontrollr. 1. Deutschland Nr. 1 vom 29. Oktober 1945) wurde die Deutsche Verfassung mit allen bis zum 17. Dezember 1932 eingetretenen Änderungen gültig.
2. Die Festlegung der Deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 folgte in den Londoner Protokollen der Siegermächte 1944 in London und wurde nach der Beendigung des Krieges in der Proclamation Nr. 2 "An das deutsche Volk" vom 20. September 1945 ebenso veröffentlicht wie in dem Ergänzungsabkommen mit der Französischen Republik vom 26. Juli 1945.
- 3 und 4. In den gültigen Beschlüssen von Potsdam vom 02. August 1945, wurden von den Siegermächten Zentralverwaltungen bindend vorgeschrieben. Diese vorgeschriebenen Zentralverwaltungen haben für den heutigen Lebensbereich der Europäer eine maßgebliche Bedeutung für die Existenz der Menschen erhalten und müssen durchgeführt werden.

Im Hinblick, auf ein Vereintes Europa, wird der zu gründenden Europapolizei eine wichtige Aufgabe zu teil werden, die hiermit schon angeboten werden soll.

Im Punkt 6 Beschriebenen handelt es sich ebenfalls um die Beschlüsse von Potsdam vom 02. August 1945 vorgeschriebenen Zentralverwaltungen.

Straßen- und U-Bahnen unterstehen gemäß dem Reichsbahngesetz vom 04. Juli 1939 (RGBl. I S. 1205) und den Beschlüssen vom 02. August 1945 in Potsdam, dem Reichsminister für Transport-, Energie-, Umwelt- und Verkehrswesen.

Die zwischenzeitliche Regelung der Deutschen Länder in der ehemaligen Westzone in einzelnen Bereichen, ist auf die ursprüngliche Regelung der gültigen Deutschen Verfassung zurückzuführen.

Da mit Fehler, die in der (sogenannten Weimarer) Verfassung gemacht wurden sich nicht wiederholen können, wurde ein vierter Satz des Artikel 17 der Deutschen Verfassung neu gestaltet, eingefügt und der ehemalige vierte Satz wurde fünfter Satz.

Gemäß Gesetz zur Änderung des Artikel 35 der Reichsverfassung vom 15. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1185) geändert.

Gemäß Gesetz zur Ergänzung der Reichsverfassung vom 22. Mai 1926 (RGBl. I S. 243) geändert und eingefügt.

Eine von den Vier-Mächten genehmigte Kannbestimmung die nach den ersten freien und geheimen Wahlen in ganz Deutschland ihre Gültigkeit verliert.

Gemäß Gesetz über Änderung der Reichsverfassung vom 17. Dezember 1932 (RGBl. I S. 547) geändert, eingefügt und gemäß Punkt 12 mit einen in klammernstehenden Teilsatz zusätzlich versehen.

Gemäß Gesetz über die Vertretung der Länder im Reichsrat vom 24. März 1921 (RGBl. S. 440) geändert und eingefügt.

Gemäß Artikel 4 des Staatsvertrages der Republik Österreich vom 15. Mai 1955, aufgehoben.

Gemäß Gesetz, betreffend Oberschlesien vom 27. November 1920 (RGBl. S. 1987) geändert und eingefügt.

Gemäß Gesetz zur Änderung des Artikel 168 der Reichsverfassung vom 06. August 1920 (RGBl. S. 1565) geändert und eingefügt.

Gemäß Gesetz zur Ergänzung des Artikel 178 der Reichsverfassung vom 06. August 1920 (RGBl. S. 1566) geändert und eingefügt.

Gemäß Gesetz zur Änderung des Artikel 180 der Reichsverfassung vom 27. Oktober 1922 (RGBl. I S. 801) geändert und eingefügt.